BERLINER BÜNDNIS NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG

GEGENKAMPAGNE „UNSERE LEBENSWERTE STADT. EUER AUFTRAG.“

ZUR KAMPAGNE DER SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG, BAUEN UND WOHNEN „EUER ZUHAUSE. UNSER AUFTRAG.“

Pressemappe zur Pressekonferenz des BBNS am 05.12.2023 um 13 Uhr in der Kulturmarkthalle, Hanns-Eisler-Str. 93, 10409 Berlin.

Drei weitere Motive stellen wir auf der PK vor und werden nach der Sperrfrist auf der Webseite https://www.nachhaltigestadtentwicklung.berlin/ zu finden sein.

+++ Sperrfrist bis 05.12.2023 um 15 Uhr +++

Offener Brief an Senator Gaebler

Ihre Anmaßung - die Verwüstung unseres Zuhauses
Nicht Ihr Auftrag. Ihr Irrweg.

Werter Senator Gaebler,
sie behaupten mit der von Ihnen gestarteten und von uns bezahlten Werbekampagne, dass Sie in unserem Auftrag handeln würden. Das ist nicht der Fall.

Wir empfinden es als Verhöhnung, wenn Sie meinen, uns erklären zu müssen, dass viele Berlinerinnen und Berliner derzeit nicht die Wohnung mieten können, die sie brauchen und bezahlen können. Wir, unsere Kinder und Angehörigen, Freunde und Kollegen erleben die Berliner Wohnungsmisere täglich hautnah; anders als gut bezahlte Senatoren, Vorstände von Wohnungsunternehmen oder Geschäftsführer von profitablen Werbeagenturen.

Uns mangelt es nicht an Verständnis für den Bedarf an Wohnungsbau, wie Sie unterstellen. Sondern wir akzeptieren nicht die von Ihnen betriebene rücksichtslose Art des Wohnungsneubaus. Rücksichtslos gegen unsere Wohn- und Lebensverhältnisse, rücksichtslos gegen die Stadtnatur und die Klimaveränderungen, rücksichtslos gegen die Zukunft unserer Kinder, unserer Verwandten und Bekannten, ob alt oder jung, ob als Single, als Paar oder in einer großen Familie lebend. Wer hat Sie damit beauftragt? Wir nicht.

Viele Familien, Senioren, Studierende und Auszubildende suchen eine gute und mit ihrem Einkommen bezahlbare Wohnung, in der sie auch in Zukunft gut wohnen und leben können. Aber sie brauchen keine verwüstete, überhitzte Stadt, in der wir morgen keine gute Luft mehr atmen können und krank werden und Kinder keine Flächen zum Spielen mehr haben.

Öffentlicher, sozial und ökologisch nachhaltiger Wohnungsbau ist eine wichtige Aufgabe, um für die Zukunft den nicht marktgesteuerten öffentlichen, von breiten Einwohnerschichten bezahlbaren Wohnungsbestand auszubauen. Das darf aber nicht auf Kosten der Qualität und der Mietenstabilität des Wohnungsbestandes geschehen, was für Sie aber offenbar der Weg aus der Wohnungsversorgungskrise ist. Ein Irrweg.

Statt öffentliche Gelder für eine teure Imagekampagne zu verpulvern, um bei den vermeintlich uneinsichtigen Bürgerinnen und Bürgern Akzeptanz für Ihre verfehlte Wohnungspolitik zu befördern, sollten Sie endlich den Dialog mit uns und allen anderen Bürgerinnen und Bürgern suchen, um durch Partizipation tatsächlich sozial und ökologisch nachhaltige, zukunftsfeste Wege für den Wohnungsneubau und die Bewirtschaftung des kommunalen Berliner Wohnungsbestandes zu beschreiten!

Das ist Ihr Auftrag! Für ein gutes zu Hause für alle!

Die Initiativen des Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung
04.12.2023

- Bürgerinitiative auf dem lichten Berg
- Verein für Lebensqualität an der Michelangelostraße e.V.
- Initiative Lebenswertes Spindlersfeld
- Anwohnerinitiative Erst-Thälmann-Park
- Bürgerinitiative Grüne Westendallee e.V.
- Mieterinitiative „Grünes Marienfelde“
- Bürgerinitiative „Grüner Kiez Pankow“
- Bürgerinitiative „Rettet den Ilse-Kiez“
- Rettet unsere grünen Friedrichshainer Innenhöfe
- Grüne Höfe Hellersdorf Süd
- Bürgerinitiative Plänterwald
- Bürgerinitiative Vesaliuskiez
- Bürgerinitiative Jahnsportpark
- Initiative „Tabor9 – Rettet die Gärten“
- Bündnis Stadtnatur K 61
- Joachimsthaler Karree
- Nachbarschaftsrat KMA II e.V.
- Grüne Höfe Berlin
- Aktionsbündnis Lebenswertes Wohnen in Friedrichshain-West
- 10243 Baum&Artenschutz
- Bürgerbündnis zum Erhalt eines lebenswerten grünen Kiezes – Friedrichshain
- Schöneberger Bürger gegen Nachverdichtung „Mühlenberg Initiative“
- Bürgerinitiative Kietzer Feld und Wendenschloss – Köpenick
- Initiative Johannisthal Landfliegerstraße – Treptow
- Bürgerinitiative Kiefernwald-Adlershof – Treptow
- Bürgerinitiative „klimafreundliches Pankow“
- (WIR SIND) BLANKENBURGER & BERLINER
- Bürgerinitiative „Rettet das Allende-Viertel“ – Köpenick
- Bürgerverein “Wir für Karow e.V.”
- Initiative "Buch Am Sandhaus"
- LebensRaum! Richard-Sorge-Straße
- Initiative Gotlindestr.
- Pappel Biotop
- Offene Bürger-Initiative zur Erhaltung des historischen naturbelassenen Wittenauer Stadtwaldes als „Grüne Lunge“
- Bürgerinitiative "Eldenaer Höfe 4 Zero"
- EmmausWald bleibt
- KGA Wilmersdorf
- 100% Tempelhofer Feld
- KGA Bornholm II

Das Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung vereint derzeit 39 Bürgerinitiativen, die sich in ganz Berlin mit Nachverdichtung und Versiegelung konfrontiert sehen und für eine nachhaltige Stadtentwicklung eintreten. Mehr unter: www.nachhaltigestadtentwicklung.berlin

Wider das Gesetz
Selbstherrlicher Umgang des Senats mit Baurecht

Kommentar von Michail Nelken
Pankower Baustadtrat a.D., Mitglied der BI Jahnsportpark

In der Stadt eskalieren die Auseinandersetzung um den Erhalt bzw. die Bebauung von Grünflächen in Wohnanlagen. Dabei zeigt sich Senator Gaebler, wie schon sein Vorgänger Geisel, nicht nur unbeeindruckt von den massiven Protesten aus der Bürgerschaft, sondern er und seine Verwaltung setzen sich auch brüsk über städtebauliche Ziele und Pläne der bezirklichen Selbstverwaltungsgremien und Behörden hinweg. Planungen von Bezirken für eine behutsame, ökologisch nachhaltige Stadtentwicklung werden gestoppt, weil sie Wohnungsbauvorhaben von landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften in ihrer Dimension begrenzen würden. Das Vorgehen im Lichtenberger Ilse-Kiez und im Pankower Schlossparkviertel sind dabei lediglich die eklatantesten Fälle. Was die Bürgerinnen und Bürger und viele Kommunalpolitiker*innen empört, ist die Tatsache, dass die Senatsverwaltung die Ergebnisse jahrelanger demokratischer Meinungsbildungsprozesse ignoriert und im Namen vermeintlich „gesamtstädtischer Interessen" zunichte machen will. Dabei werden alle anderen öffentlichen Belange willkürlich einer Maximierung der Anzahl von Neubauwohnungen untergeordnet. Das ist offensichtlich keine sozial und ökologisch nachhaltige Stadtentwicklungspolitik.

Willkürlicher Umgang mit dem Baurecht
In ihrem Kampf für die Maximierung der Bebauungsdichte zu Lasten des Stadtgrüns verfährt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung selbstherrlich und willkürlich mit dem Baurecht. Im Fall des Ilse-Kiezes und des Schlossparkkiezes werden Bebauungspläne, die elementaren Instrument einer geordneten Stadtentwicklung, zu Gunsten von Bauvorhaben landeseigener Wohnungsbaugesellschaften willkürlich torpediert. Am Welterpfad in Marienfelde hat die Senatsverwaltung im Widerspruchsverfahren gegen die Entscheidung des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg ein Bauvorhaben der *Degewo* auf dem Wege der Befreiung vom geltenden Planungsrecht genehmigt, statt ein rechtlich gebotenes Planänderungsverfahren durchzuführen. Im Fall des Bauvorhabens eines privaten Investors auf dem Gelände des ehemaligen Emmausfriedhofs ist dem Bezirk Neukölln auf rechtlich fragwürdige Weise das Bebauungsplanverfahren entzogen worden, als die BVV beabsichtigte, die Planungsziele zu Lasten der Baumassen für einen Investor zu ändern.

Contra legem
a) Z.B. Ilse-Kiez
Im Fall des B-Plan 11-125 für den Ilse-Kiez hat die Senatsverwaltung kurz vor der Beschlussfassung der BVV beanstandet, dass das B-Plan-Verfahren angeblich unzulässigerweise auf der Basis des § 13a Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt worden sei. Der § 13a BauGB soll die Planung von Vorhaben der „Innenentwicklung" erleichtern und beschleunigen. Hier würde aber mit dem B-Plan eine nach § 34 BauGB vermeintlich zulässige Bebauung hinsichtlich des Nutzungsmaßes eigeschränkt, was im vereinfachten Verfahren nicht zulässig sei. Dieses Vorgehen von SenSBW ist nicht nur politisch, sondern auch rechtlich unhaltbar. Die Zulässigkeit der Anwendung des 13a-Verfahrens auch im Falle der Festsetzung von Beschränkungen der Bebaubarkeit ist höchstrichterlich bereits entschieden worden (BVerwG 4 BN 13.20; Beschluss vom 07.05.2020). In dem vor dem

Bundesverwaltungsgericht letztinstanzlich beschiedenen Fall hatte eine private Bauherrin gegen die Gemeinde geklagt. Im Fall des Ilse-Kiez hat die Senatsverwaltung ohne hinreichende Rechtsgrundlage zugunsten der landeseigenen Howoge das B-Planverfahren angehalten. In der Folge lief die Veränderungssperre des Bezirksamtes Lichtenberg aus und der Senat erteilte der Howoge die entsprechende Baugenehmigung.
Dass es für das Vorgehen der Senatsverwaltung weder im Gesetzestext noch in der Rechtsprechung eine rechtliche Grundlage gibt, mag nur für Baurechtsexperten ein Problem darstellen. In der lebensweltlichen Realität ist die Tatsache, dass die Howoge für eine Bebauung der Grünflächen nach § 34 BauGB eine Genehmigung ohne Umweltprüfung erhalten kann, aber für den Bezirk, der die Neubebauung begrenzt und Grünflächen, Bäume und Spielplätze im Inneren der Wohnanlage schützen will, ein Vollverfahren mit einer Umweltprüfung (statt des vereinfachten 13a–Verfahrens) erforderlich sein soll, für jedermann sichtbar absurd und willkürlich.

b) Z.B. Schlosspark-Kiez
Auch im Fall des seit vier Jahren heftig umstrittenen Bauvorhabens der Gesobau in den grünen Innenhöfen der Wohnanlage Kavalier-/Ossietzkystr in Pankow hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit einem baurechtlichen Winkelzug eingegriffen, um den Bebauungsplan des Bezirks Pankow, der ebenfalls eine Begrenzung der Bebauung zum Ziel hat, zu obstruieren. Sie hat der Gesobau für die beantragten Wohngebäude eine Baugenehmigung nach dem § 246 Absatz 14 BauGB, einem befristeten Sonderbaurecht, erteilt. Dazu wurden die seit Jahren geplanten Wohnhäuser, denen das Bezirksamt Pankow die Genehmigung versagt hatte, kurzerhand zu Flüchtlingsunterkünften umetikettiert.

Auf diese Weise will die Senatsverwaltung den langjährigen demokratischen Meinungsbildungsprozess in der Pankower Bürgerschaft und in den bezirklichen Selbstverwaltungsgremien über dieses unverträgliche Bauvorhaben aushebeln.
Das Vorgehen der Senatsverwaltung ist **rechtsmissbräuchlich**. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Anwendung des Sonderbaurechts sind nicht erfüllt. Denn die Anwendung darf nur erfolgen, „*soweit dringend benötigte Unterkünfte im Gebiet der Gemeinde, in der sie entstehen sollen, nicht oder nicht rechtzeitig bereitgestellt werden können“*. Gleich ob man Pankow oder Berlin als Bezugsgebiet nimmt, ist diese Anwendungsvoraussetzung nicht gegeben. Sinn dieses temporären Sonderbaurechts ist es, in einer Notsituation kurzfristig Flüchtlingsunterkünfte schaffen zu können. Wobei auch reversible Verschlechterungen der städtebaulichen Situation in Kauf zu nehmen sind.
Auch wenn das vernünftige Ziel besteht, Flüchtlingsunterkünfte zunehmend in einer solchen baulichen Qualität und Ausstattung zu errichten, dass sie zum Wohnen durch andere Bedarfsgruppen nachgenutzt werden können, ist der gesetzgeberische Sinngehalt dieses Sonderbaurechts die Ermöglichung einer schnellen Schaffung von Unterkünften außerhalb der normalen rechtlichen Verfahren. Für das Gesobau – Vorhaben ist es nicht anwendbar. Diese seit vielen Jahren geplanten Wohnhäuser sollen auf Dauer errichtet werden. Die Gesobau und der Senat beabsichtigen erklärtermaßen eine „Nachnutzung“ durch Wohnen schon nach wenigen Jahren.
Fazit: Die Baugenehmigung wurde wider das Gesetz erteilt. Es handelt sich hier um einen Willkürakt, bei dem das Sonderbaurecht für die Durchsetzung anderer Ziele missbraucht wird.

Allenthalben wird über den zunehmenden Vertrauensverlust von Bürger und Bürgerinnen in die demokratischen Institutionen und den Rechtsstaat geklagt. Senator Gaebler und die Stadtentwicklungsverwaltung missachten nicht nur die Partizipation der engagierten Bürgerschaft und die Arbeit der demokratischen Gremien der kommunalen Selbstverwaltung in den Bezirken, sondern nehmen es beim Umgang mit dem Baugesetzbuch nicht so genau bzw. legen es willkürlich zum Nutzen ihrer Ziele aus.

Berlin, 3.12.2023

Grüne Höfe Hellersdorf Süd

Die Sache

Auch in der Großsiedlung Hellersdorf soll auf grünen Innenhöfen mit Neubauten höchstmöglich nach §34 Bundesbaugesetzbuch verdichtet werden. Darauf hatten sich ohne Unterrichtung der Anwohner der Bausenat und das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf verständigt. Die Bestandsmieter wurden darüber in einer Postwurfsendung am 29. September 2021, drei Tage nach den Wahlen, durch die STADT UND LAND informiert. Die zwei ausgewählten Innenhöfe in der Bodo-Uhse-Straße und der Lily-Braun-Straße sollten schon ab Sommer 2022 bzw. Dezember 2022 bebaut werden.

Die Anwohner haben sofort mit Unterschriftslisten protestiert. Es kamen 1766 Unterschriften zusammen. In lokalen Zeitungen wurden Artikel zur Sache veröffentlicht.

Dennoch wurde der Innenhof Bodo-Uhse-Straße im November 2022 geschreddert. Die Montage der beiden Wohnblocks im Innenhof ist nahezu abgeschlossen.

Die Fällung der Bäume auf dem Innenhof Lily-Braun-Straße konnte zum 28. Februar 2023 verhindert werden. Auf Beschluss der BVV Marzahn-Hellersdorf wurde das Bezirksamt gebeten, die Bebauung dieses Innenhofes zu verhindern und ihn als Grünfläche im Kiez zu erhalten. Vor wenigen Tagen erreichte uns folgende Mitteilung des MdA Alexander J. Herrmann (CDU): "Auf den Widerspruch der Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land gegen die Versagung der Baugenehmigung durch das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf hat der SPD-Bausenator entschieden, dass der Bauvorbescheid aus dem Jahr 2021 eine Bindungswirkung hat. Die Feststellung in dem Bauvorbescheid sind danach ‚im Baugenehmigungsverfahren schlicht hinzunehmen'. ‚Aus städtebaulicher und planungsrechtlicher Sicht bestehen gegen das Vorhaben keine Bedenken', so das Fazit der Senatsbauverwaltung."

Das Ziel

Die Anwohner sind nach wie vor der Überzeugung, dass die grünen Innenhöfe immanenter Bestandteil der Großsiedlung sind und nicht überbaut werden dürfen. Das würde der Großsiedlung ihren typischen Charakter rauben. Beide Höfe waren früher mit einer Kita bebaut. Die Wiederansiedlung wäre von den Mieter:innen akzeptiert. Als Kompromiss könnte auch eine Überbauung auf der Grundfläche der ehemaligen Kitas mit einem Wohnhaus aus Holz gelten. Die Menschen wehren sich dagegen, als Resterampe für unerledigte Probleme der Landesregierung vereinnahmt zu werden. Unsere Argumentation ist vor allem politisch: akzeptiert die Vorleistungen im Neubau der letzten Jahre für die Stadt. Hier enstand jede 5. Neubauwohnung, 6 von 24 modularen Unterkünfte für Geflüchtete stehen in Marzahn-Hellersdorf.

Fotos zum Sachverhalt

Innenhof Bodo-Uhse-Straße im Sommer 2022

Innenhof Bodo-Uhse-Straße im November 2023

Innenhof Lily-Braun-Straße im Sommer 2023

Presseblatt der BI „Rettet den Ilse-Kiez“

i.R. des BBNS-Pressegesprächs am 05.12.2023

aktueller Status im Ilse-Kiez:

- B-Plan 11-125, nach negativen Rechtsprüfungsbescheid der SenSBW ruhend, wird nun laut mehrheitlichem BVV-Beschluss vom 16.11.2023 weitergeführt
- alle 5 Bauanträge über insges. 11 Gebäude in den 3 Höfen sind mittlerweile unter Auflagen genehmigt
- Artenschutzfachbeitrag als Auflage muss über 4 Jahreszeiten durch HOWOGE-Gutachter erstellt werden
- bereits mit den Bauanträgen genehmigte Fällgenehmigungen (über 80 Bäume) können erst nach Erfüllung aller Auflagen durchgeführt werden
- BI „Rettet den Ilse-Kiez“ und BUND bereiten eine Klage vor, Spenden für Anwaltskosten sind erbeten, siehe Homepage

Statement der Bürgerinitiative:

- **Demokratieverlust** im Berliner Baugeschehen
- Systematisches Abwürgen von bezirklichen B-Plänen durch die Senatspolitik
- Folgende Belange, welche im B-Planverfahren abgewogen wurden, finden in den Genehmigungen nach §34 BauGB keine Berücksichtigung
    - Ziel des Aufstellungsbeschlusses: … eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundladen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaentwicklung zu fördern.
    - Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, inklusive Anwohnern
    - Landesentwicklungsplan BB (LEP HR): Funktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Bildung und Erholung sollen einander räumlich zugeordnet und ausgewogen entwickelt werden
    - Landschaftsprogramm einschließlich Artenschutzprogramm (LaPro): Erhöhung des Anteils naturhaushaltswirksamer Flächen, Erhalt klimatisch wirksamer Freiräume, Schaffung zusätzlicher Lebensräume für Flora und Fauna, Erhalt und Entwicklung charakteristischer Stadtbildbereiche, sowie markanter Landschafts- und Grünstrukturen zur Verbesserung der

Stadtgliederung, Berücksichtigung ortstypischer Gestaltungselemente, zweithöchste Dringlichkeitsstufe zur Verbesserung der Freiraumversorgunq

- StEP Klima Konkret 2016: immer häufiger auftretenden Wetterextreme wie Hitzetage / Tropennächte (Urbane Hitze) und Starkregen (Urbane Überflutung); Stadtstrukturtyp der nachverdichteten Zeilenbebauung: Durchlüften (z. B. Optimierung von Durchlüftungsbahnen oder Schaffung kühlender Innenräume), Verschatten (z. B. Pflanzung von Bäumen), Verdunstung (z. B. verstärktes Bewässern in Hitzeperioden), sowie Versickerung (z. B. Regenwassermanagement im Bereich der Freiräume)
- StEP Wohnen: Leitlinie 7: Stadtentwicklung ökologisch und klimagerecht gestalten.; Leitlinie 8: Stadtentwicklung als partizipativen Prozess der Stadtgesellschaft betreiben
- Luftreinhalteplanung Berlin: weiterhin Überschreitungen von Luftqualitäts-grenzwerten für Feinstaub (PMio) und Stickstoffdioxid (NO2) und des Zielwertes für Benzo(a)pyren
- Lärmminderungsplanung / Lärmaktionsplan Berlin: … Zudem wird erstmals die Lokalisierung und Bewahrung (inner-)städtischer Ruhe- und Erholungs-räume in den Lärmaktionsplan aufgenommen.
- Nahverkehrsplan Berlin: Die Tram-Haltestelle „Marksburgstraße" (mit mind. 500 m Entfernung) und der „S-Bahnhof Karlshorst" (mit mind. 900 m Entfer-nung) liegen außerhalb der im NVP angegebenen Ziel- und Toleranzwerte, so dass das Plangebiet im Hinblick auf den schienenbezogenen ÖPNV als nicht erschlossen gilt.
- BerlinStrategie 3.0 / Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030: ressortübergreifendes Leitbild, welches … Steuerung des Wachstums, stärkere Stadt-Umland-Verflechtung, **Klimawandel**, Digitalisierung, demo-grafische Veränderung und Stärkung des sozialen Zusammenhalts berücksichtigt

Zitierfähige Aussagen von Anwohnern:
„Die derzeit praktizierte bauliche Prämisse der sog. „Innenentwicklung“ geht vor „Außenentwicklung“ in Berlin, setzt die bessere Ressourcenauslastung der bestehenden Infrastruktur voraus. Aber aktuell sind sämtliche Infrastrukturen (KITA, Schule, **Grünflächen**, Ärzte- und Nahversorgung, ÖPNV) schon überlastet. Dies wurde i.R. der B-Planverfahrens 11-125 eindeutig nachgewiesen.“ Kordelia Mühlau
„Durch das mutwillige Topedieren des B-Planverfahrens 11-125 durch die SenSBW erfährt der demokratische Prozess bei Stadtentwicklung durch die Berliner Verwaltungsbezirke einen riesigen Demokratieverlust.“ Dietmar Stengel
„Wir brauchen die grünen Innenhöfe nicht nur für uns Kinder, sondern auch für die älteren Anwohner_innen.“ Ben, 10

Presseblatt der Mieterinitiative

Joachimsthaler Carrée

Pressekonferenz am 05.12.2023

Die Joachimsthaler Straße, eine kleine Einbahnstraße in U-Form und die Plauener Straße befinden sich in Alt-Hohenschönhausen im Bezirk Lichtenberg.

Die HOWOGE plant in den Innenhof ab Oktober 2024 zwei Häuser mit 105 Wohnungen zu bauen.

Dem Bau würden ca. 50 Bäume (davon 25 schützenswert), ein Mietergarten, ein Spielplatz, ein Bolzplatz, Büsche, Hecken, Sträucher und Grünflächen zum Opfer fallen.

Die Mieterinitiative setzt sich seit ihrer Gründung im August 2021 mit zahlreichen Aktionen gegen die Bebauung ein, da der grüne Innenhof eine wichtige bioklimatische und soziale Funktion erfüllt, Freizeitmöglichkeiten für Kinder bietet und Lebensraum für viele Pflanzen und Tiere (z. B. Fledermäuse,) ist, gerade vor dem Hintergrund der Klimanotlage, des Klimawandels und des Artensterbens.

Forderungen und Sorgen der AnwohnerInnen:

„Unsere Mietergärten sind unsere Alltagsoasen. Sie müssen bleiben."
„Wir älteren Anwohner brauchen dringend den grünen Innenhof."
„Das wird alles zu eng, zu dicht, man nimmt uns die Luft und viel Licht."
„Zurück zum Zillemilieu?!"
„Wir sind extra hier gezogen, da hier noch viel Grün ist."
„Wie soll man sich hier noch wohlfühlen, wenn das Grün verschwindet und noch mehr zu betoniert wird."
„Warum werden nicht vorrangig bereits versiegelte Flächen bebaut und die seit Jahrzehnten leer stehenden Bauruinen beseitigt."

Mieterinitiative Joachimsthaler Carrée
Webseite: *HTTPS://joachimsthaler-carree.de/*
E-Mail: *info@joachimsthaler-carree.de*

HÄNDE
WEG

HÄNDE
WEG

„Die Natur braucht den
Menschen nicht,
aber der Mensch braucht die Natur"
Klimanotstand,
Klimawandel, Klimaschutz,
Umweltschutz, Artenschutz
alles nur leere Worte?

ERHALTET
UNSEREN
INNEN
HOF

Bürgerinitiative
Grüner Kiez Pankow

Er hält weiter an, der für alle Anwohnenden unerträgliche Schwebezustand im Kiez an der Pankower Ossietzkystraße: Grünflächen und Spielplatz werden nach wie vor 24 Stunden am Tag von Wachschutz beobachtet und seit ein paar Tagen auch per Videokamera aufgezeichnet. Auf dem kleinen Hügel des Bergspielplatzes, auf dem im letzten Winter noch die Kinder des Kiezes gerodelt sind, steht gelangweilt der Wachschutz in der Kälte. Im Nordhof werden zwischen den Patrouillengängen Schneemänner gebaut - nicht von den Pankower Kindern, die bleiben weiterhin ausgesperrt.

Mehr als 150.000 € pro Monat betragen allein die Personalkosten für die Bewachung der Bäume und Wohngrünflächen (Nach eigenen Berechnungen für 12 Wachschützer 24/7 unter Zugrundelegung von Mindestlohn und Zuschlägen). Hinzu kommen weitere Kosten für Bauzäune, Aufenthaltscontainer und mobile Toiletten. Zwei überwachte Monate sind nun um, in denen sich die Anwohnerschaft, die vor Allem aus Rentnern, alleinerziehenden Müttern und Familien mit ihren Kindern besteht, wie Schwerstkriminelle behandelt fühlt.

Mit harter Konsequenz und offensichtlicher Einschüchterung soll hier, gegen die engagierte Bewohnerschaft und den Bezirk, der eine Bebauungs-Alternative vorschlug, mit Hilfe des Sonderbaurechts ein ökologisch desaströses und sozial fragwürdiges Projekt durchgesetzt werden.

Gesobau AG und Senatsbauverwaltung legitimieren das Bauprojekt immer noch mit dem desaströs gescheiterten Partizipationsverfahren der Gesobau AG von 2019/20, bei dem zwischen drei gleichermaßen zerstörerischen Baukörpervarianten gewählt werden sollte. Die absolute Mehrheit der Anwohnenden hatte das Vertrauen in den mit Lügen und Diffamierungen gespickten Beteiligungsprozess verloren und demonstrierte dagegen. An der Veranstaltung, auf der die jetzigen L-förmigen Baukörper „gewählt" worden sind, nahmen nur 14 von 600-800 Anwohnenden teil.

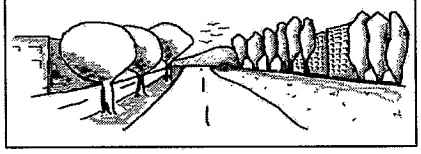
Um miteinander ins Gespräch zu kommen und zu einer für alle Seiten tragbaren Kompromisslösung zu finden, nehmen Anwohnende, WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen und Mitglieder der Kirchengemeinde Alt-Pankow die Partizipation derzeit selbst in die Hand und laden alle Verantwortlichen zum Runden Tisch KIEZ MACHT KLIMA UND INTEGRIERT! ein. Der Pankower Runde Tisch konnte auf der 3. Veranstaltung am 29.11.2023 durch eine angeregte Diskussion mit dem Pankower Baustadtrat Herrn Bechtler, der Pankower Klimaschutzbeauftragten Frau Haaser, dem Baumschutzexperten des BUND Berlin Christian Hönig, einer Vertreterin des Büros Pankow beteiligt, einem Vertreter der Hermann-Henselmann-Stiftung und Vertretern der Pankower und Berliner Politik an Fahrt aufnehmen. Bausenator Gaebler, seine Staatssekretäre und der Regierende Bürgermeister Wegner fehlten bislang bei den Runden Tischen.

Gemeinsam mit der Anwohnerschaft einen tragbaren und zukunftsfähigen Kompromiss zu finden stellt keinen Würdeabfall oder Gesichtsverlust dar. Im Gegenteil: Nur ein ehrliches Miteinander und das Respektieren der Bedürfnisse aller Beteiligten kann zu einem funktionierenden Besseren führen. Der Pankower Runde Tisch geht im Januar auf jeden Fall in die vierte Runde! Und wir laden Bausenator Gaebler und Berlins Bürgermeister Wegner wieder ein!

Den alten, nicht genehmigungsfähigen Bauplanungen von 2019 für 103 WE verpasste die Gesobau AG ein neues „Etikett“ als Unterkunft für Flüchtlinge und ließ sich die Baugenehmigung im Februar 2023 über die Hintertür des Sonderbaurechts direkt durch die Senatsbauverwaltung erteilten. Der von Bezirk und Anwohnerschaft hart erarbeitete Kompromiss des B-Plans 3-88B, der ca. 60 WE in zwei Gebäuden vorsieht, den Spielplatz erhält und einen zeitgemäßen, klimaangepassten Umgang mit den Altbäumen vorsieht, wird vom Tisch gewischt.

Berlin Pankow, 03.12.2023

Verein für
Lebensqualität an der Michelangelostraße e.V.



Verein für Lebensqualität an der Michelangelostrasse e.V.
c/o Karin Spieker, Hanns-Eisler-Str. 24, 10409 Berlin

Verein für
Lebensqualität an der Michelangelostraße e.V.

c/o Karin Spieker
Vorsitzende
10409 Berlin, Hanns-Eisler-Str. 24

E-Mail: vorstand@michelangelostrasse.org
Tel. 0152/55284104
Fax 030/42803013
http://michelangelostrasse.org

AZ beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg VR 35513 B
Steuerliche IdNr 27 / 680 / 56027

28.11.2023

Stadtentwicklungsprojekt Wohnen an der Michelangelostraße – Stand September 2023

Das Bauvorhaben „Wohnen an der Michelangelostraße" ist eines von 16 größeren Neubauvorhaben in Berlin. Wir alle wissen und akzeptieren, dass dringend bezahlbarer Wohnraum gebraucht wird.
Daher sind wir nicht grundsätzlich gegen eine Bebauung. Sie muss aber so geplant und umgesetzt werden, dass sowohl für die bisherigen als auch für die künftigen Anwohner ein lebenswertes Umfeld erhalten bzw. errichtet wird. Neubauten haben eine jahrzehntelange Nutzungsdauer. Deshalb ist es umso wichtiger, alle Anforderungen des Klimawandels zu berücksichtigen.

Die Forderungen unseres Vereins dazu lauten wie folgt:

- Erhaltung bzw. Errichtung eines lebenswerten Umfelds für alle Bewohner im Planungsgebiet.
- Maßvolle Bebauung: 1.200 geplante WE sind für die zur Verfügung stehende Fläche von 6 ha entschieden zu viel.
- Berücksichtigung der Anforderungen des Klimawandels, d.h. lockere Bebauung mit viel Grün.
- Weitestgehende Erhaltung von altem Baumbestand.
- Wirkliche Mitbestimmung der Anwohner bei der Planung (die bisherige Beteiligung bestand in der Erhebung von Stimmungsbildern – siehe Historie), z.B. in einem zu bildenden Planungsbeirat.

Zur Vertiefung finden Sie nachfolgend Fakten zum bestehenden Wohngebiet an der Michelangelostraße (umgangssprachlich als Mühlenkiez bezeichnet) in Pankow/Prenzlauer Berg und zur Historie der Planungen. In der **Anlage** können Sie den vom BA Pankow favorisierten Planentwurf (Prinzipentwurf 1) sehen.

K. Spieker
Karin Spieker
Vorsitzende

Fakten zum Wohngebiet an der Michelangelostraße

Das Wohngebiet (LOR 03061429) liegt zwischen der Greifswalder Straße (Nordwesten), der Kniprodestraße (Südosten), der Gürtelstraße (Nordosten) und der Storkower Straße (Südwesten) im Stadtbezirk Pankow, Ortsteil Prenzlauer Berg.
In den 50-er Jahren (nordöstliche Seite der Michelangelostraße) wurden vorwiegend 5-Geschosser und in den 70-er Jahren (südwestliche Seite der Michelangelostraße) vorwiegend 11-Geschosser und 2 Hochhäuser mit 18 bzw. 21 Etagen gebaut.

Die Gebäude wurden in großzügiger Weise nach dem Prinzip Licht, Luft und Sonne für alle Wohnungen errichtet mit weitläufigen Grünanlagen zwischen den Gebäuden. Für die Autos wurden ebenfalls großzügig bemessene Parkflächen an den Außengrenzen, gerichtet zur Michelangelostraße (MAS) gebaut. Damit wird der Verkehr aus den Wohngebieten weitestgehend herausgehalten. Im Inneren des Wohngebietes sind in den Wohngebietsstraßen nur wenige Parkplätze vorhanden. Die Wohngebietsstraßen selber wurden so konzipiert, dass bei einseitig erlaubtem Parken kein Gegenverkehr möglich ist. Dadurch wird ein schnelles Durchfahren der Wohngebietsstraßen verhindert.

Im Wohngebiet wohnen rund 10.000 Menschen in 3.320 WE. Die Gesamtfläche beläuft sich auf 78 ha.
Die großzügigen Parkflächen suggerieren jede Menge Platz für Neubauten. Dies war der Ausgangspunkt für einen städtebaulichen Ideenwettbewerb (siehe Historie) 2014, dessen Ergebnis aber zu einer unzumutbaren Verdichtung führen wird.
Außerdem wurde im Laufe der Planungen festgelegt, dass die MAS grundhaft erneuert werden muss. Nach dem letzten uns bekannten Planungsstand soll sie einschließlich einer Straßenbahntrasse auf 46 m verbreitert werden.
In 2021 wurde der Bebauungsplan 3-86 für den Bau einer Gesamtschule an der Michelangelostraße aufgestellt. Die Fläche für diese Schule wird in den Planungsunterlagen mit 1,8 ha ausgewiesen. Weiterhin muss noch eine Fläche für die Buswendeschleife berücksichtigt werden, die sich aktuell auf der Fläche der zu bauenden Schule befindet. Die notwendige Größe der Buswendeschleife ist nicht bekannt!

Das alles bedeutet: Von der ursprünglich zur Verfügung stehenden Fläche von 8 ha bleiben damit für eine Bebauung real max. 6 ha übrig.

Die nunmehr vom BA Pankow geplanten und quasi festgeklopften 1.200 WE sind für diese Fläche völlig überdimensioniert. Die Lebensqualität sowohl der alten als auch der neuen Anwohner, wie von unserem Verein gefordert, ist damit nicht gewährleistet!
Wir – die Anwohner und unser Verein – wehren uns nicht grundsätzlich gegen eine Bebauung, aber sie muss umwelt- und klimaverträglich sein.

Der Prinzipentwurf 1 (siehe Anlage) ist 2019 aus einer Überarbeitung des Siegerentwurfs des städtebaulichen Ideenwettbewerbs entstanden. Ein Vergleich beider Entwürfe zeigt, dass die Unterschiede marginal sind und die berechtigten Einwände und Vorschläge der Anwohner **nicht** berücksichtigt wurden.

Wir haben schwerwiegende Einwände in Bezug auf eine klimagerechte Umsetzung der Bauplanung in folgender Hinsicht:

Das Wohngebiet um die MAS herum wird von einem Kaltluftstrom durchzogen, der vom Malchower See über den Volkspark Prenzlauer Berg und die Kleingartenanlage, die im Südosten an die Kniprodestraße grenzt, kommt. Dieser sorgt für die Zufuhr von kalter Luft, die insbesondere im Sommer das Wohngebiet abkühlt.

Durch eine Bebauung quer zur Richtung des Kaltluftstroms (wie teilweise geplant) wird dieser gebremst. Dazu liegt eine Untersuchung der Fa. GEO-NET von 2018 vor.

Auf der nordöstlichen Seite der MAS sind Gebäude straßenbegleitend geplant, die als Riegel die vorhandenen quer zur Straße stehenden Gebäude von der Straße abschirmen. Dies ist aus gleich mehreren Gründen eine völlige Fehlplanung:

- Der Kaltluftstrom kann sich nicht mehr zwischen den Bestandsbauten, die quer zur MAS stehen, ausbreiten.
- Die neuen Anwohner werden als Schallschutzmauer (so die Planungsbegründung!) missbraucht.
- Der begrünte existierende Fußweg, der es den Anwohnern ermöglicht, in einigem Abstand zur MAS aus Richtung Greifswalder Str. bis zur Kniprodestr. zu laufen, würde verschwinden.
- Was hat das noch mit Lebensqualität zu tun – eine viel befahrene Straße, jede Menge Abgase und Lärm?

Die auf der südwestlichen Seite geplanten Gebäude stehen teilweise quer zur MAS und behindern damit den Kaltluftstrom.
Sie bilden sehr kleine U-förmige Innenhöfe, die sich im Sommer stark aufheizen werden.
Die Schenkel der Querbauten reichen bis 20 m an die 11-Geschosser heran.

Diese geplanten Gebäude stehen über mind. 4 Monate im Vollschatten der 11-Geschosser!
Eine Simulation, die genau das nachweist, wurde in der öffentlichen Ausstellung der Prinzipentwürfe des BA Pankow im Mai 2019 gezeigt.
Das geht nach unserer Meinung und nach Meinung der meisten Besucher gar nicht.

Im Wohngebiet gibt es rund 3.100 Stellplätze. Nach Realisierung der geplanten Neubebauung fallen rund 1.400 Stellplätze weg. Für einen Ersatz gibt es z.Z. nur unzureichende Angebote, so z.B. eine örtlich akzeptable Quartiersgarage am Pieskower Weg, die aber nur die Hälfte der wegfallenden Stellplätze kompensieren könnte.
Der Motorisierungsgrad lag 2016 im Wohngebiet bei 270 Pkw/1 T Einwohner und damit deutlich unter dem Berliner Durchschnitt mit 326 Pkw/ 1 T Einwohner. Hinzu kommt eine außergewöhnliche Altersstruktur mit > 40% Anwohnern, die älter als 65 Jahre und damit für ihre individuelle Mobilität auf das Auto angewiesen sind.

Historie zum Ablauf der Planungen:

2014	Auslobung eines städtebaulichen Ideenwettbewerbs „Wohnen an der Michelangelostraße" durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. Zum Sieger wurde der Entwurf des Architekturbüros Görge erklärt.
März 2015	Öffentliche Ausstellung der Wettbewerbsentwürfe ohne vorhergehende Information der Anwohner.
April 2015	1. Informationsveranstaltung des BA Pankow auf Forderung der Anwohner. Massive Proteste gegen die überdimensionierte Nachverdichtung mit 1.500 WE.
Okt. 2015	Gründung des Vereins für Lebensqualität an der Michelangelostraße mit der Zielstellung, die Interessen der Anwohner zu vertreten und eine umweltverträgliche Nachverdichtung zu erreichen.
Juni 2016	Auf Betreiben des Vereins wurde ein BVV-Beschluss (Drs. VII-1191) eingebracht und beschlossen, der fordert, dass „die derzeitige Planung des Stadtentwicklungsamtes zurückgesetzt und auf neuer Grundlage angegangen werden soll".
März 2017	Vorstellung eines überarbeiteten städtebaulichen Entwurfs. Einschätzung des

Vereins – nur marginale Änderungen, Grundkonzept blieb erhalten, der BVV-Beschluss vom Juni 2016 wurde ignoriert!

April 2017 Öffentliche Informationsveranstaltung des überarbeiteten städtebaulichen Entwurfs. Die Ablehnung der Anwohner war wiederum deutlich. In der Diskussion stimmte das BA Pankow der Forderung nach einem Beteiligungsverfahren zu.
Der Verein sammelte Unterschriften für einen Einwohnerantrag gegen die massive Nachverdichtung. 1.700 Anwohner gaben ihre Unterschrift!

Sept. 2017 -Jan. 2019 Das Beteiligungsverfahren wurde gestartet. Es wurden acht Themenrunden durchgeführt, außerdem zwei Standortwerkstätten, in denen die Teilnehmer vier eigene Entwürfe erarbeiteten.
Das Beteiligungsverfahren wurde vom BA Pankow einseitig beendet. Von den drei vorgestellten Prinzipentwürfen mit je 1.200 WE wurde der **Prinzipentwurf 1** zum Favoriten erklärt.
Einschätzung des Beteiligungsverfahrens durch den Verein:
Ein enormer zeit- und kostenintensiver Aufwand mit leider sehr mageren Ergebnissen! Etwa in der Mitte des Verfahrens wurde den Teilnehmern erklärt, dass nur die Erhebung von „Stimmungsbildern" zulässig ist – also keine wirkliche Mitbestimmung erwünscht ist.
Damit sind sämtliche Ergebnisse völlig unverbindlich!

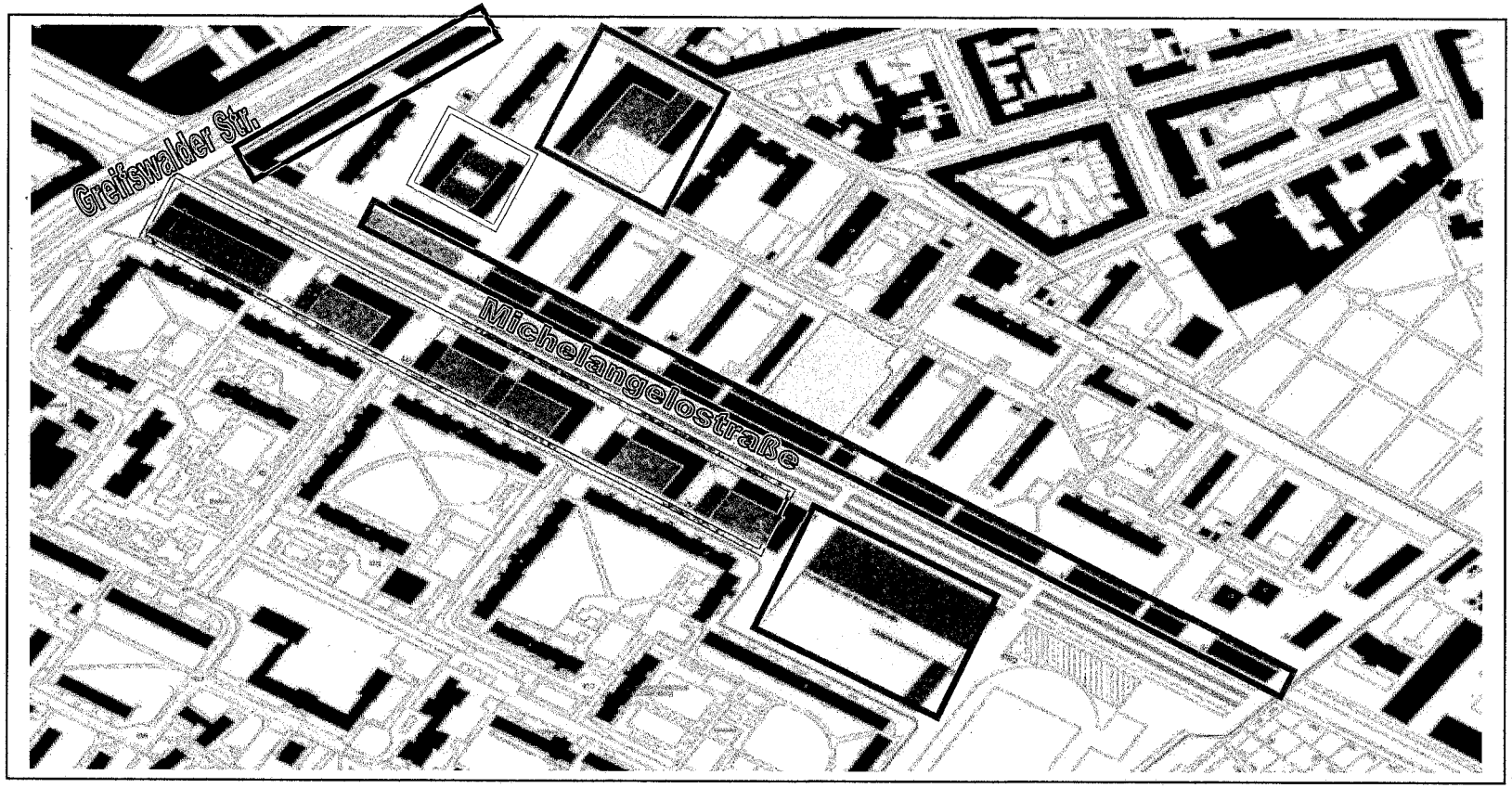
Mai 2019 Auf Forderung des Vereins wurden in einer öffentlichen Ausstellung die drei Prinzipentwürfe des BA Pankow und die vier in den Standortwerkstätten erarbeiteten Entwürfe der Teilnehmer am Beteiligungsverfahren gezeigt. Die Ausstellung hatte ca. 1.000 Besucher.
Der Verein hatte im Rahmen der Ausstellung eine Meinungsumfrage unter den Besuchern durchgeführt, auf die es 503 Antworten gab.

Nachfolgend das Fazit:
96%, also eine überwältigende Mehrheit, halten die 1.200 WE für nicht anwohnerverträglich.
71 % stimmen der Forderung des Vereins für max. 850 WE zu.

Dies ist der Stand bis heute! Es gab seitdem (seit Mai 2019!) keine weiteren konstruktiven Gespräche mit dem BA Pankow. Unsere Forderungen nach Berücksichtigung der Stellungnahmen/Meinungen der Anwohner fanden keinen Widerhall.

Anlage: Prinzipentwurf 1

Städtebauliches Projekt „Wohnen an der Michelangelostraße":
Vorzugsvariante (Prinzipentwurf 1) des BA Pankow als Ergebnis des Beteiligungsverfahrens / Stand Jan. 2019



südliche Bebauung

Schulneubau

Nordwestl. Bebauung

nördliche Bebauung

Bebauung Gelände Vattenfall

Wohn- u. Geschäftshaus

Bild: BA Pankow, Frank Görge Architekt, LK Argus *(Farbliche Umrahmungen: Verein für Lebensqualität an der Michelangelostraße e.V.)*

https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/stadtplanung/artikel.829766.php

Emmauswald bleibt! Schutz für den größten Wald Neuköllns

In Neukölln nahe S/U-Bahnhof Hermannstraße befindet sich mit 3,8ha der größte Wald Neuköllns. Bürger*innen aus ganz Neukölln haben die Initiative »Emmauswald bleibt« ins Leben gerufen, um den Wald auf dem ehemaligen Emmauskirchhof zu schützen. Wir sind gegen den Bebauungsplan XIV-286a, der vorsieht, den Wald mit Eigentumswohnungen zu bebauen.
Wir brauchen in einem Kiez in dem jedes vierte Kind von Bürgergeld lebt, keine weiteren Wohnungen im hohen Preissegment sondern bezahlbaren, mietpreisgebundenen Wohnraum.

Auf Bezirksebene wird seit über 10 Jahren über die Bebauung des westlichen Teils des Emmausfriedhofs diskutiert. Hier plant aktuell die BUWOG / VONOVIA ein Neubau-Areal mit 441 Wohnungseinheiten zum Eigentum. Dieser soll die Grundlage dafür bieten, 3,8 Hektar denkmalgeschützten Friedhof mit über 80 “besonders wertvollen und prägenden” Bestandsbäumen zu roden. Laut Kartierung des Bezirks (Stand 2013) stehen auf dem Emmauskirchhof West 725 Bäume, wovon bereits 2013, 231 Bäume als erhaltenswert eingestuft wurden. Darunter sind 84 besonders wertvolle und prägende Bestandsbäume mit Stammumfängen >130cm gelistet, unter denen sich Linden, Eichen, Ahorn und Kastanien befinden. Statt einem artenreichen Biotop mit seltenen Vogelarten wie dem Grünspecht und dem Mäusebussard, sollen hier Neubauten mit reinen Eigentumswohnungen und Tiefgaragen entstehen.
Wir fordern ganz klar: In Zeiten der Klima- und Biodiversitätskrise darf man keinen intakten Mischwald im Stadtzentrum von Berlin fällen - erst Recht nicht für unbezahlbare Eigentumswohnungen und das in einem Kiez, der bereits jetzt unter starker Umweltbelastung und hohem Nutzungsdruck leidet und in dem es mehr Parkplatzflächen als Grünflächen gibt. Der größte Wald Neuköllns muss erhalten bleiben und die Bebauungsplanung auf dem Emmauswald sofort gestoppt werden!

Der Wald ist für Kalt- und Frischluftschneisen, Kaltluftentstehung und örtliche bzw. überörtliche Luftleitbahnen verantwortlich, welche im Kontext der Klimakrise und immer heißer werdender Sommer, immer dringender an Relevanz gewinnen. Gerade Nord-Neukölln ist stark betroffen, da hier eine große Versiegelungs- und Bevölkerungsdichte auf verhältnismäßig wenig Grünflächen trifft – Stichwort Umweltgerechtigkeitsatlas.
Laut Senatsverwaltung wird der Boden als besonders schutzwürdig eingestuft, die Regelfunktion für den Wasserhaushalt und gleichzeitig die Puffer- und Filterfunktion sind hoch zu bewerten. Flächen wie der Emmauswald leisten einen wesentlichen Beitrag für die Grundwasserneubildungsrate und die Niederschlagsversickerung und tragen maßgeblich zur Erhöhung der Bodenfunktionen bei.

Im Juli 2023 haben die Berliner Forsten das Gelände nun offiziell als Wald anerkannt. Noch im April hieß es von Seiten der Buwog/Vonovia: Das ehemalige EmmauskirchhofFriedhofsgelände an der Hermannstraße sei kein Wald, sondern lediglich ein Grundstück mit einpaar Bäumen und Büschen drauf. Auf drängen unserer Initiative hin, hat das Bezirksamt Neukölln die Berliner Forsten um eine erneute Begutachtung gebeten. Nun haben die Berliner Forsten ganz offiziell bestätigt: Der Emmauswald ist ein Wald und zwar der größte bislang eingetragene Wald in Neukölln! Die Berliner Forsten schreiben in ihrem Gutachten: »Der Verlust dieser Waldfläche würde sich voraussichtlich besonders negativ auf das Stadtklima auswirken« Mit der Bestimmung als Wald fällt der Emmauswald nun unter das Landeswaldgesetz!

Der Bebauungsplan beinhaltet auch eine ungenutzte Brachfläche direkt neben dem Wald, auf welcher Mietwohnungen entstehen sollen. Für dieses Gelände besteht bereits seit Jahren Baurecht. Wir fordern, neben dem Erhalt des Waldes, diese Fläche mit mietpreisgebundenen Wohnungen zu bebauen.

Anwohnerinitiative Ernst-Thälmann-Park

Auf den Ernst-Thälmann-Park (ETP) und die ihn umgebenden Grünflächen/Parks wird intensiv von **allen Seiten** eingewirkt. Verschiedenste Player verfolgen hier ihre Interessen. Zusammengenommen tragen bereits erfolgte und noch anstehende Maßnahmen zu einem immer weiter schrumpfenden Grünbestand bei. Sie sind klima- und artenfeindlich. Hier verschwinden seit Jahren beinahe täglich Überlebensstätten für Tiere und Insekten und Erholungsräume für uns Menschen und das Schlimmste kommt erst noch.

<u>Eine Aufzählung</u> (geplant, in der Umsetzung, bereits realisiert)

- Drohende großflächige Bebauung durch den Investor Gérôme auf dem Gelände Ehemaliger Güterbahnhof an der der Greifswalder Strasse /Grünzug

- Anstehende Großbaustelle *Erweiterung Grundschule am Planetarium*

- Kürzlich Markierung von etwa 30 Bäumen entlang der Ringbahn nördlich ETP (Verlegung der Versorgungsleitung Vattenfall in den Boden) - es steht zu befürchten dass diese markierten Bäume demnächst gefällt werden, ebenso etliche weitere kleinere Bäume, Sträucher/Grünbestand in diesem sonst relativ unberührten Bereich.

- 94 Wohnungen in Modulbauweise zunächst als `Modulare Unterkünfte für Geflüchtete´ (sog. MUFs) - spätere Umwandlung in Wohnungen. Zusätzlich auf dem Gelände Bau eines Bürogebäudes + Tiefgarage. Bauherrin Gewobag. Betroffen ist das dem Ernst-Thälmann-Park vorgelagerte, ehemals parkähnliche Vivantes-Gelände mit altem Baumbestand und bis Baubeginn weitestgehend ungestörter Tierwelt.

- Sanierung des sog. *Spielberges* Greifswalder Strasse - Ecke Danziger Strasse - Baumfällungen/Rodungen/massive Störungen der dort ansässigen Tierwelt durch Bautätigkeiten.

- Aufhübschung der Grünfläche Fröbelpark und der Grünfläche Danziger Strasse. Die Tätigkeiten brachten neben Versiegelung und Fällungen/Rodungen ungeheure Kosten und einen ungeheuren CO2 Abdruck mit sich. Z.B. kleine Grünfläche Danziger Strasse: Kosten hier allein ca. 1 Mio € , Verbauen von etwa 200 Tonnen Beton(!) + etliche Tonnen Sand, Kies und Schotter. Streß für Mensch und Tier durch Baustellentätigkeit. Dies steht exemplarisch für viele weitere Maßnahmen über das Stadtgebiet verteilt.

- Baumfällungen für Neubau Vattenfall an der Ella-Kay-Straße.

- Vernichtung des für Insekten, Vögel und Fledermäuse wertvollen Fassadenbewuchses am Hochhaus Lilly-Henoch-Strasse im ETPark. Der über 6 Stockwerke gewachsene Wein- und Efeubewuchs wurde bodennah gekappt.

- Entfernung des gesamten Bewuchses rund um den Zaun Hockeyfeld Danziger- Ecke Ella-Kay-Straße. Der dichte Bewuchs (Knöterich und tlw. Sträucher) stellte wichtige Lebens- Nahrungs- und Brutstätten für Insekten, Vögel- und Kleintiere um das mit Kunstrasen ausgelegte Sportfeld dar (2 zerstörte Nester im Bild).

- Allerorten im ETP Bau neuer Zäune, der Tieren und Menschen das Queren der Grünflächen erschwert - sie/wir müssen jetzt z.T. weite Umwege in Kauf nehmen. Dies gipfelte in der Zerteilung des Parks. Seither müssen alle Passanten einen aus Beton gestalteten Umweg in Kauf nehmen. Für diesen wurden in direktem Umfeld einer großen Sperlingskolonie Bäume gefällt, Sträucher gerodet. Zuletzt Erweiterung der kürzlich erst vorgenommenen Einzäunung des Schulgeländes zur Ringbahn hin (vormals relativ unberührter Grünstreifen/Grünzug) zwischen Prenzlauer Allee und Greifswalder Strasse mit den bekannten Begleiterscheinungen.

- Wohnbebauung entlang der Ella-Kay-Strasse
- „*Sanierung und ökologische Qualifizierung des ETPs*.“ Hier großflächiges Entfernen von insektenfreundlicher Spontanvegetation, ersetzt durch z.B. Rosenbeete, Bodendecker etc. Baumfällungen (Stichwort „Wildwuchs“), Strauchrodungen (Stichwort „Sichtachsen“) etc. Tierfeindliche Inanspruchnahme der großen Wiesen über mehrere Jahre für Bauzwecke.

- Zu schlechter Letzt das regelmäßige Überpflegen der verbliebenen Parkvegetation durch das Straßen- und Grünflächenamt/Gewobag. Wegräumen des gesamten Laubes im Herbst, massiver Einsatz von motorbetriebenen Arbeitsgeräten nach Plan (Aufsitzmäher über verdorrte Wiesen, Rasenkantenschneider, Laubbläser, …) zu häufiges Beschneiden von Sträuchern, etc. Tiere/Pflanzen/Menschen werden wiederkehrend durch sog. Pflegemaßnahmen weit über das erträgliche Maß hinaus gestört. Dies ist einer überholtem Verständnis geschuldet, Natur „im Zaum“ zu halten.

BI10243 Baum&Artenschutz kämpft für den Erhalt von 22 alten Bäumen

Die Bürger*inneninitiative 10243 Baum&Artenschutz setzt sich leidenschaftlich für den Erhalt von 22 alten Bäumen ein, die dem Bauprojekt "Drei-Religionen-Kita-Haus" in der Marchlewskistraße 40, Friedrichshain, weichen sollen. Die betroffene Fläche, ein kleines Waldgrundstück, dient derzeit als Abenteuerspielplatz für Kinder der Netzwerkschule und beherbergt zahlreiche geschützte Tiere wie Fledermäuse, verschiedene Vogelarten, Eichhörnchen und Igel.

Das Bauprojekt hat das Grundstück von der evangelischen Kirchengemeinde St. Markus, per günstigen Erbbaupachtvertrag, erhalten. Derzeit befindet sich die Baugenehmigung in der Bearbeitung der Ämter des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg und ist nach unserer Information kurz vor der Zeichnung. Der Bauantrag sieht die Fällung von 25 geschützten Bäumen vor, wobei nur drei Bäume verschont bleiben sollen.

Die Bürger*innen vor Ort, etwa 100 Haushalte, wurden bisher unzureichend über die Planungen informiert. Die Initiative kritisiert die mangelnde Einbeziehung der Nachbarschaft, besonders älterer Anwohner*innen und Familien mit Kindern, die auf ein gesundes und geschütztes Umfeld angewiesen sind.

Die Bürgerinitiative fordert den Erhalt der Grünfläche, die aus hohen, alten Bäumen besteht. Gerade in Zeiten des Klimanotstands ist es von höchster Bedeutung, solche grünen Oasen zu bewahren. Die Initiative betont, dass die Rodung dieser Bäume gravierende Veränderungen für die Umgebung mit sich bringen würde, wie beispielsweise die Bildung einer Hitzeinsel.

Die Bürger*inneninitiative 10243 Baum&Artenschutz hat eine Online-Petition gestartet, die unter https://bit.ly/43d1AC6 zu finden ist.

Kritik am Artenschutzgutachten:

Die Initiative kritisiert das artenschutzfachliche Gutachten zur Baufeldfreimachung. Es bemängelt unzureichende Untersuchungen, zu wenige Begehungen (die außerhalb der Vegetationsperiode, nämlich im Oktober und Ende November 2022 stattfanden) und eine fehlende Kartierung der vorkommenden Arten. Hier wird unbegründet und erheblich von den Methodenstandards für abgewichen. Die Bürger*inneninitiative fordert, dass es neue Begehungen während der nächsten Vegetationsphase 2024 gibt, in der dann die dort vorkommenden Arten nach den vorgegebenen Standards kartiert werden sollen.
Bis dahin: Kein Anfassen der Vegetation vor Erstellung und Auswertung eines belastbaren, den Methodenstandards entsprechenden faunistischen Gutachtens inklusive aller vorgeschriebenen Vermeidungs - und Ausgleichsmaßnahmen!
Außerdem sollen Ausgleichsmaßnahmen und Umsiedelungspläne frühzeitig umgesetzt werden sowie die Einhaltung von Arten- und Naturschutzgesetzen.

Status zum Bauprojekt Drei-Religionen-Kita-Haus:

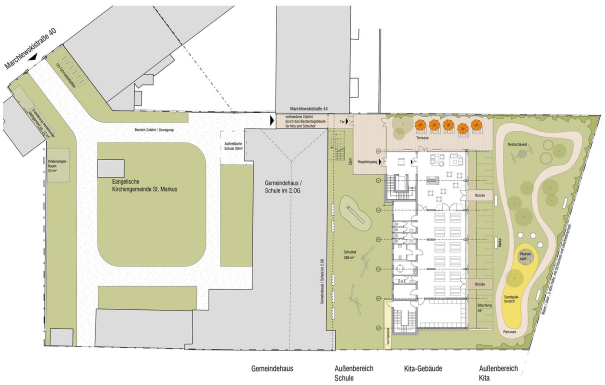
- Das Grundstück wurde per Erbbaurecht an die Bauherrin, die Vorständin des Evangelischen Kirchenkreisverbandes für Kindertageseinrichtungen Berlin Mitte-Nord, verpachtet.

- Die Baugenehmigung ist noch in Bearbeitung, steht jedoch kurz vor der Zeichnung.

- Das Bauprojekt erhält große politische Unterstützung, obwohl es gegen den Klimanotstand und ökologische Prinzipien verstößt.

- Der Bauantrag sieht die Fällung von 22 geschützten Bäumen vor, nur drei Bäume können erhalten bleiben.

- Trotz Fördergeldern in Höhe von ca. 3,6 Mio. Euro sind keine Änderungen am Bauplan hinsichtlich des Baumerhalts geplant.

Statement der Bürger*inneninitiative:

Die Bürger*inneninitiative 10243 Baum&Artenschutz betont die Wichtigkeit von grünen Oasen in der Stadt und kritisiert die mangelnde Berücksichtigung ökologischer Aspekte in den Bauplanungen. Sie fordert eine verstärkte Einbindung der Anwohner*innen und eine Überarbeitung des Projekts, um mehr Bäume zu erhalten.